

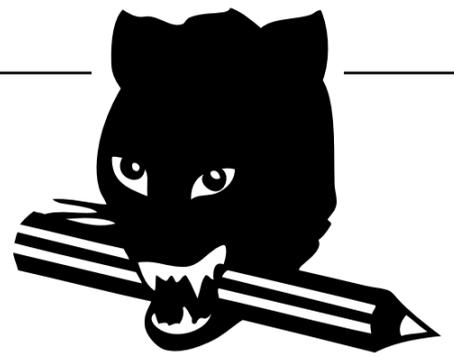
## taz goes east

Vom 12. bis 20. Januar 2013 war die taz fest in osteuropäischer Hand: 13 junge Journalisten aus Russland, Weißrussland, der Ukraine und der Republik Moldau nahmen an einem Workshop der taz Panter Stiftung teil. Weitere Unterstützer waren die Zeit-Stiftung, die Marion-Dönhoff-Stiftung sowie der German Marshall Fund. Im Kern ging es darum, ins

Gespräch zu kommen: über journalistisches Arbeiten, die Rolle des zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft der EU, aber auch aktuelle Entwicklungen in den Herkunftsländern der Gäste. Dass letztendlich alle unter 200 Bewerbungen ausgewählten Teilnehmer in Berlin dabei sein konnten, war nicht selbstver-

ständlich. Bei einigen von ihnen bedurfte es länglicher Korrespondenzen und Telefonate mit den zuständigen Visastellen, bis die Einreiseerlaubnis erteilt wurde. Das wirft unweigerlich die Frage auf, wie ernst es Deutschland, aber auch die EU damit meinen, die Zivilgesellschaft in den östlichen Nachbarstaaten zu fördern. Auf den folgenden vier

Seiten finden Sie einige der Texte, die die Gäste bei dem Workshop erstellt haben. Diese Texte, die nicht die Meinung der taz-Redaktion wiedergeben, unterscheiden sich deutlich von den Beiträgen, die Sie sonst in unserer Zeitung finden. Aber das ist ein Ausdruck unterschiedlicher Realitäten im immer noch geteilten Europa. **BARBARA OERTEL**



**taz.akademie**



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Osteuropaworkshops der taz Panter Stiftung Foto: Anja Weber

VON OLENA POVOLIAIEVA

BERLIN taz | In deutschen Haltestellen stehen die Abfahrtszeiten von Bus und Bahn. Das wundert die Gäste aus der Ukraine immer wieder. Noch mehr überrascht sie, dass sich alle danach richten. Die Europäer hingegen wundern sich über die verblüfften Ukrainer. Deutsche oder Briten fragen dann voller Staunen: Ist denn die Ukraine nicht auch ein Teil Europas?

Momentan ist die Antwort: Nein. Das größte Problem für eine Annäherung auf allen Ebenen ist und bleibt die Visafrage. Sie wird für viele Ukrainer immer wieder zu einer Odyssee. Auch wenn die Bewohner der Hauptstadt Kiew es leichter als die Leute aus der Provinz haben, an ein Schengen-Visum zu kommen, ist die Prozedur auch für sie nicht angenehm. In der Ukraine wohnen über 40 Millionen Menschen. Viele von ihnen würden gern in die Europäische Union reisen und dort auch einiges Geld ausgeben.

EU-Diplomaten hatten versprochen, dass es von Jahr zu Jahr leichter werden würde, Visa für den Schengen-Raum zu bekommen. Doch Fakt ist: Für eine Einreise nach Deutschland wurde die Liste der vom Konsulat geforderten Dokumente sogar länger. Damit müssen die Ukrainer nun

# Wer das Land verlassen will, ist sowieso schon weg

**UKRAINE** Die Kluft zwischen den Menschen wird auch bei der Visavergabe deutlich. Die Reichen erhalten leicht Zutritt nach Europa. Dabei stammt ihr Geld oft aus kriminellen Quellen

auslöffeln, was ihnen einige Spekulanten eingebrockt haben. Die Ukraine wurde vor einigen Jahren in einen Visa-Skandal verwickelt. Es kam heraus, dass sich rund um die deutsche Botschaft in Kiew ein Netz aus Geschäftemachern mit direktem Draht ins Konsulat etabliert hatte. Sie profitierten von der Reiselust ihrer Landsleute und verhalfen nebenher so manchem zwielichtigen Geschäftemacher zu einer Einreiseerlaubnis in die Europäische Union.

Ihor Todorov, Professor an der Nationalen Universität in Donetsk und Experte für Europäische Integration, ist der Auffassung, dass die EU mit der Ukraine zu streng sei. „Die Teilnahme der Ukraine an der Östlichen Partnerschaft der EU sowie alle ratifizierten Abkommen zwischen ihr und der Ukraine zur Visaerleichterung sind rein formaler Natur. Die Partnerschaft war und ist zu meist ein virtuelles Projekt. Sie kann einen Zusatznutzen für die gesamte ukrainische Euro-Integrationspolitik haben, aber kein Ersatz sein“, erklärt Todorov.

Für die ukrainische Politik stand die Integration in die EU während der letzten zwei Jahre nicht sehr weit oben auf der Agenda wichtiger Themen. Der Grund dafür ist die deutliche Orientierung des neuen Präsidenten Wiktor Janukowitsch

nach Moskau. Mit seinem Machtantritt ist Europa recht schnell aus den Medien verschwunden – und damit aus dem Bewusstsein der durchschnittlichen Bevölkerung. In der Provinz verlief dieser Prozess noch schneller als in der Hauptstadt Kiew.

„Die Visaprozeduren sind immer schwieriger geworden“, sagt Viktoriya Ishchenko, die in der ostukrainischen Industriestadt Donetsk als Journalistin und Reiseleiterin arbeitet. „Ich reise viel, und es dauert immer sehr lange, ein Visum zu erhalten. Es ist ermüdend. Ich bin sicher, dass es keine wirklichen Gründe gibt, die bestehende Praxis aufrechtzuerhalten.“ Nach letzten Erhebungen hätten 80 Prozent der Ukrainer ihr Land noch nie verlassen. Viktoriya Ishchenko ist sich sicher, dass es nicht zu einem Massenexodus kommen wird: „Das ist ein Mythos. Alle, die das Land verlassen wollen, sind bereits weg.“

Viele Ukrainer glauben, dass Bürokraten Schuld daran haben, dass es überhaupt noch Visa gibt. Allerdings scheinen die deutschen Hauptstädter keine Angst vor ihren östlichen Nachbarn zu haben. Eine kleine Straßenumfrage im Zentrum von Berlin ergab, dass viele Deutsche nichts über die Visa-Probleme der Ukrainer wissen. Die meisten meinten, dass nichts Schlimmes pas-

sieren würde, falls die Grenzen eines Tages auch für Osteuropäer durchlässiger werden würden.

Dirk Naumann, ein Berliner Buchhändler sagt: „Die Mauern an den Grenzen sollten nicht höher als 30 Zentimeter sein, so dass auch Mädchen und Frauen in Kleidern sie leicht überspringen können.“

Andrey Gorokhov, ein in Berlin lebender russischer Journalist und Filmemacher, sagt: „Im 19. Jahrhundert sind deutsche und belgische Kolonialisten ohne Visum in den Kongo gelangt. Das heutige Europa schützt sich durch eine Visabarriere vor der Dritten Welt. Tatsächlich aber ist es eine Politik des Neokolonialismus.“

Kritisch betrachtet Gorokhov auch die Realität bei der Visavergabe: „Reiche Ukrainer, die meist ehemalige oder aktive Kriminelle sind, haben überhaupt kein Problem, nach Deutschland zu kommen. Für sie gibt es keine Barriere. Aber für die normalen Menschen in der Ukraine bleibt Deutschland meistens verschlossen. Und dies ist natürlich ein Problem.“

Wie dem auch sei: Es bleibt die Hoffnung, dass die Beziehungen zwischen den Menschen und der einfache gesunde Menschenverstand die Bürokraten und die Grenzen eines Tages überwinden werden.

Mit freundlicher Unterstützung von:

taz.panterstiftung

ZEIT-Stiftung  
Ebelin und Gerd  
Bucerius

Marion Dönhoff Stiftung

G|M|F The German Marshall Fund  
of the United States  
STRENGTHENING TRANSATLANTIC COOPERATION



## Barrieren auf dem Weg gen Westen

## Um ein Visum zu bekommen, brauchen Osteuropäer Geduld und Geld. Viele Moldauer beantragen einen rumänischen Pass



VON ALEXANDRA PARACHINA

BERLIN taz | Ein Flug von Minsk nach Berlin dauert zwei Stunden. Doch für viele Weißrussen dehnt sich diese Zeit einen Monat und länger aus: So lange dauert es, ein Visum zu bekommen.

Die deutsche Botschaft hat 2011 rund 70.000 Dokumente zur Einreise in den Schengen-Raum ausgegeben. Damit liegt sie auf Platz drei. Dennoch ist die Visaprozedur nicht leicht.

Weißrussen reisen häufig nicht nur als Touristen nach Deutschland, sondern zum Arbeiten und Studieren. Jeder, der nach Deutschland möchte, braucht Pass, Einladung, Foto, Visumantrag, Versicherung und Konsulargebühren in Höhe von 60 Euro. Manchmal muss der Antragsteller seine finanzielle Situation offenlegen – die EU-Staaten fordern 40 Euro pro Aufenthaltstag.

Für viele ist die Geldfrage entscheidend: 60 Euro sind für Studenten zwei Monatsstipendien.

Wer schließlich Geld und alle Dokumente beisammen hat, muss nun stundenlang vor der deutschen Botschaft in der Schlange stehen.

„Mich schrecken die Menschenmassen ab“, sagt Anna Schutowitsch aus Smorgoni. „Manchmal stehe ich einen halben Tag in der Kälte. Wir sind einfach nur genervt.“

Ohne Visum können Weißrussen in 21 Staaten reisen. Die meisten davon sind bei Touristen nicht gerade beliebt. Neben den Staaten der Exsowjetunion sind das Honduras, Kuba, Venezuela, China, Ecuador und Nicaragua.

Einen Fahrplan zur Abschaffung der Visapflicht zwischen Schengen-Staaten und Weißrussland gibt es seit Langem. Zuerst muss die weißrussische Regierung einem Vertrag zustimmen.



Dieser regelt, dass die Gebühren sinken und die Antragsprozedur einfacher wird. In einem nächsten Schritt wird die Rückaufnahme illegaler Migranten vertraglich geregelt.

Die letzte Etappe ist dann die Visa-Liberalisierung. Dafür muss Weißrussland bei Rechts- und Menschenrechtsfragen europäische Standards übernehmen und mit der Europäischen Union (EU) in Sicherheitsfragen künftig enger zusammenarbeiten.

In der Praxis jedoch fangen die Probleme schon während der ersten Etappe an. Die EU hatte Weißrussland bereits im Februar 2011 vorgeschlagen, mit Verhandlungen zu beginnen. Bis heute hat die Regierung in Minsk zu diesem Vorschlag keine Stellung genommen.

„Natürlich macht die EU in der Beziehung zu Weißrussland, wo die Entwicklung zur Demokratie ganz am Anfang steht, Fehler“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnßen. „Wir haben keine ausgearbeitete Strategie im Umgang mit solchen Staaten.“ Der Abgeordnete macht darauf aufmerksam, dass sich die EU häufig auf ihre inneren Probleme fokussiere und dabei die Nachbarn vergesse. Doch die Union brauche demokratische Systeme in den osteuropäischen Staaten als Garantie für friedliche Beziehungen. „Persönlich trete ich für Visaerleichterungen ein“, sagt Börnßen. „Wir sollten dafür sorgen, dass die Grenzen durchlässiger werden.“ Dann könnten die Weißrussen reisen und sich selbst einen Eindruck von Westeuropa verschaffen. Doch in der EU herrsche die Angst vor, dass im Falle einer Grenzöffnung viele Migranten in den Westen kämen.

Auch Deutschland nimmt bei der Abschaffung von Visa eine

unklare Position ein. Hier ist die Furcht vor Einwanderung offenbar besonders groß. Derzeit entwickelt sich in Weißrussland eine Bewegung für Visafreiheit. Ehrenamtliche aus verschiedenen Städten des Landes organisieren Aktionen, Konzerte, Filmvorführungen, Lesungen und Ausstellungen, um für offene Grenzen zu werben.

Die ehrenamtlichen Kräfte machen darauf aufmerksam, dass in Weißrussland die meisten Visa pro Kopf ausgegeben werden: 2011 waren das 61 Visa auf 1.000 Personen. Das ist weltweit der höchste Wert. Andererseits waren laut dem Minsker unabhängigen Institut für sozioökonomische und politische Studien rund 60 Prozent der Weißrussen noch nie im Ausland. Fast jeder Dritte hat bisher noch nicht einmal seinen Landkreis verlassen. Im Grunde genommen fahren nur diejenigen ins Ausland, die bereits Beziehungen in die Schengen-Staaten haben. „Für die Erleichterung des Visa-Re-

gimes muss auch in der EU geworben werden“, sagt Stefan Melde, Direktor der Nichtregierungsorganisation Deutsch-Russischer Austausch. Innerhalb der EU gebe es zwei Haltungen: Die einen wollen sich nur auf die inneren Probleme konzentrieren, die anderen seien überzeugt, dass die Außenpolitik wichtiger sei. „Die EU muss regelmäßig daran erinnert werden, dass die osteuropäischen Staaten an einer Abschaffung der Visapflicht interessiert sind, damit diese Frage auf der Tagesordnung bleibt.“

Auch Deutsche brauchen ein Visum für Weißrussland. „Wäre das anders, würden viel mehr Touristen kommen“, sagt Jan Leye aus Münster, der regelmäßig nach Weißrussland fährt. Minsk sei eine besondere Stadt mit einer speziellen Atmosphäre, die müsse man selbst erleben. „Ich habe von weißrussischen Freunden gehört, dass 2011 nur 5.000 Touristen dorthin gefahren sind“, sagt er. „Das ist blamabel.“



# Der Eintritt kostet 60 Euro

REISEN Über die Hälfte der Weißrussen war noch nie im Ausland – und das, obwohl in Minsk weltweit die meisten Schengen-Visa ausgestellt werden

Ohne Eintrittskarte ist hier Schluss Foto: Vario Press

BERLIN taz | Der Weg nach Europa führt über Rumänien – jedenfalls für die Bewohner der Republik Moldau. Der kleine Binnenstaat ist eingeklemmt zwischen Rumänien und der Ukraine. Er gehörte zur Sowjetunion und existiert erst seit deren Zusammenbruch 1991 als eigenständiger Staat. Viele der 4 Millionen Moldauer beantragen rumänische Pässe, um in die Europäische Union zu kommen. Das berichtete der Spiegel bereits im Juli 2010. Ähnliche Beiträge in der britischen, italienischen und französischen Presse folgten. Der Inhalt war überall der gleiche: Sie warnte vor Massen von Moldauern, die in Europa einfallen würden, und schürten Ängste, dass mit ihnen die Verbrechensraten steigen würden.

In Moldau selbst haben diese Artikel hauptsächlich negative Reaktionen ausgelöst.

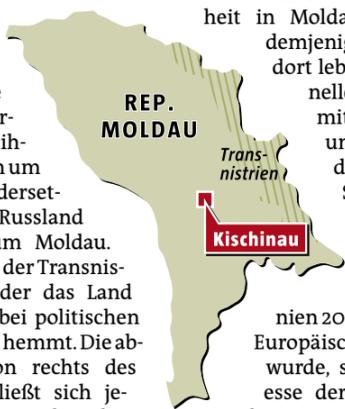
Sie wurden zum Anstoß für mehrere größere Expertenstudien. In ihnen ging es auch um die Auseinandersetzung zwischen Russland und der EU um Moldau. Hintergrund ist der Transnistrien-Konflikt, der das Land immer wieder bei politischen Verhandlungen hemmt. Die abtrünnige Region rechts des Dnister verschließt sich jedem Autonomieangebot Chi-

## Auf ins Paradies

REPUBLIK MOLDAU Immer mehr Menschen beantragen rumänische Pässe. Einziges Ziel: die Einreise nach Europa

sinaus. Mittlerweile ist Transnistrien durch seine geostrategisch günstige Lage zum Zankapfel zwischen den USA und Russland geworden. Vielen Moldauern scheint, dass sich die Autoren der Untersuchungen hinter diesen Realitäten verstecken. Sie sind der Meinung, nur sie würden die Probleme in ihrer Gesamtheit erfassen können. Denn die Wahrheit in Moldau würde nur demjenigen klar, der dort lebe, den traditionellen Maisbrot mit Käse esse – und viele Stunden für ein Schengenvisum anstehen müsse. Nach dem Rumänien 2007 Mitglied der Europäischen Union wurde, stieg das Interesse der Moldauer an der Staatsangehörigkeit

des Nachbarlandes enorm. Die Presse in Chisinau berichtete unlängst von knapp 120.000 Moldauern, die mittlerweile rumänische Pässe besitzen. Weitere 800.000 Moldauer hätten bereits Anträge gestellt. Im rumänischen Staatsangehörigkeitsgesetz heißt es, jeder könne die Staatsbürgerschaft beantragen, wenn er oder ein Vorfahr vor Dezember 1989 ohne eigene Schuld die rumänische Staatsangehörigkeit verloren habe. Der rumänische Präsident Traian Basescu sagte kurz nach seinem Amtsantritt 2004, dass sich die Moldauer sowohl in seinem Land als auch in der EU frei bewegen können sollten. Er versprach, Bukarest würde pro Monat 10.000 Anträge auf Staatsbürgerschaft bearbeiten. Was passiert momentan in Chisinau? Tausende Moldauer belagern die rumänische Botschaft, um Pässe zu beantragen. Immer häufiger sind darunter auch Menschen, die kein Wort Rumänisch sprechen und die von der rumänischen Kultur und der Geschichte nichts wissen. Ihr einziges Ziel ist, nach Europa zu gelangen. Die begehrten roten Pässe machen aus ihnen keine Rumänen, sondern sind eine Flucht ins Paradies Europa. Müde vom Warten und enttäuscht vom Spiel zwischen Moskau, Chisinau, Bukarest und Brüssel, setzen sie nun Plan B um.



TANIA SCUTARU

BERLIN taz | Im beschaulichen russischen Städtchen Smolensk, nahe der Grenze zu Weißrussland, lassen sich Touristen gern die alte Festungsmauer zeigen. Dort treiben des Nachts die Seelen der Falschmünzer ihr Unwesen, und der Legende nach liegt hier eine goldene Kutsche vergraben. Hinterlassen wurde sie 1812 von Napoleon, der sie mit vielen anderen Schmuckstücken auf seinem Feldzug durch ganz Europa zusammengestohlen hatte.

Geschichten wie diese gibt es im postsowjetischen Raum immer wieder. Es mangelt nicht an exotischen Orten, an denen das Leben absolut anders verläuft, als es die meisten Europäer das von zu Hause kennen.

Doch ihr Interesse, in den Ostblock zu reisen, geht gegen null. Die meisten wissen nichts über die schönen Reiseziele, die sie an der Wolga, im Altai-Gebrige oder am Baikalsee erwarten. Nur wenige ahnen, was dieses riesige Territorium, das sich von den Karpaten bis zum Stillen Ozean erstreckt, an Natur, Kunst und Kultur zu bieten hat.

Doch die Unkenntnis geht oft auch mit Angst einher. „Verwandte und Freunde wollten mich nicht nach Russland fahren lassen. Sie haben mich verabschiedet, als würde ich niemals wieder zurückkommen“, erinnert sich der Berliner Beamte Bernd Brittnner an seine erste Smolensk-Reise vor drei Jahren. „Ich hatte abso-

## Das Erbe von Napoleon

RUSSLAND Die ex-sowjetischen Länder sind für Touristen aus Europa immer noch eine Terra incognita mit Gruseffekt

lut keine Vorstellung, wie die Leute in Russland leben. Doch nach meiner Reise habe ich verstanden, dass das Leben überall gleich ist. Es gibt für mich heute keinen Grund mehr, Osteuropa zu meiden.“ Allerdings fehle es in Europa an vernünftiger Werbung für den Osten, meint er.

„Die meisten Deutschen interessieren sich nicht für diese Länder. Sie können sich einfach nicht vorstellen, was sich hinter den Grenzen der Eurozone verbirgt, und denken, es sei dort gefährlich“, sagt Gabi Coldeway. Sie hat selbst zehn

Jahre im Tourismus gearbeitet. „Viele haben schon von jenem Land namens Russland gehört, und von seiner Hauptstadt Moskau. Aber Weißrussland und die Ukraine gibt es für sie schon nicht mehr.“

Coldeway teilt die Osteuropareisenden in drei Kategorien: Wenige Intellektuelle, die sich für diesen Teil Europas besonders wegen seiner klassischen Literatur interessieren. Sie würden das Land meist bei ruhigen Flussfahrten erkunden. Die zweite Art Reisende seien deutsche Übersiedler, die früher in der Westukraine oder Bessarabien gelebt haben. Die dritte Gruppe reist zu Verwandten und Freunden.

In jedem Fall ist eine Reise in die Länder der ehemaligen Sowjetunion ein Abenteuer. Wenn die Reiseagenturen mehr werben würden, wäre wohl auch die Zahl der Gäste höher. Denn eigentlich ist alles ganz einfach: Visum holen, Ticket kaufen, packen und los. In den Ländern warten reiche und ungewöhnliche Geschichten, die eng mit der deutschen Historie verknüpft sind, und Einwohner, die stets ein Herz für Gäste haben.

MICHAEL YEFIMKIN





Die Ukraine –  
Nachwehen der EM

Haben die Meisterschaften das Bild des Landes verändert?  
Zumindest sind einheimische Fans jetzt auch politisch engagiert



VON OLGA CHYTAILO

BERLIN taz | Nach der Fußball-Europameisterschaft 2012 machte in der Ukraine eine Anekdote die Runde: Die Beamten haben am Bau der Stadien verdient und die Journalisten daran, dass sie darüber geschrieben haben. Dahinter steckte die Hoffnung, dass doch nicht zu viel Geld in den Sand gesetzt worden sei und sich das Image des Landes verändert habe. Schaut die Welt nun mit anderen Augen auf die Ukraine? Hat die Europameisterschaft das Land näher an Europa herangerückt?

Unzählige ausländische Fußballfans haben ihre Meinung in Mikrofone gesprochen und in Schreibblocks diktieren. Die meisten waren zufrieden. „Ich liebe die Ukraine, die ukrainischen Frauen“, war eine typische Antwort auf die Frage, wie den Fans das Land gefalle. Es gab keine Zwischenfälle. Die Regierung war froh – die Opposition besorgt. Ihre Angst: Die Gäste bekämen ein schönes Land mit netter Polizei zu sehen. Sollten später andere Nachrichten auftauchen, würde niemand diese glauben.

Im Tourismusgeschäft zweifelt heute jeder zweite Manager am positiven Effekt der Meisterschaften. Laut einer Umfrage der Deutschen Welle habe die Euro 2012 dem Image der Ukraine geschadet, weil sie die Aufmerksamkeit zu sehr auf die Probleme des Landes gelenkt habe. Nur ein Drittel gab an, dass das Land zwischen Karpaten und Schwarzem Meer ein einladender Urlaubsort sei. Das bestätigen die Reisenden selbst: „Die im Land waren, haben ihre Einstellung geändert. Doch das wird sich kaum auf das Reisever-

# Eine kurze Liebe

**IMAGE** Hoffnungen, dass das Interesse an der Ukraine durch die Fußball-EM gewachsen ist, haben sich nicht erfüllt. Zumindest ist das Land kein dunkler Fleck mehr

halten der Deutschen insgesamt auswirken. Es gibt genug Länder, in denen man sich bequemer erholen kann“, sagt Marcel Blessing-Schumilin, Projektmanager beim Deutsch-Russischen Forum.

Die Ukrainer denken, dass die Europameisterschaft vor allem der Regierung zugute gekommen sei. Laut einer Umfrage des Kiewer Instituts Gorschena glauben 75 Prozent an eine Imageverbesserung. Auch der Presseattaché der Ukrainischen Botschaft in Berlin, Dmitri Schewtschenko. „Das Bild von der Ukraine hat sich durch die Berichterstattung der deutschen Medien verbessert. Viele haben sich der Ukraine geöffnet.“ Allein nach Lemberg waren 11.000 deutsche Fans gekommen. Lokale Unternehmen haben davon kaum profitiert. Der Umsatz lag bei 14 Millionen Euro – 15-mal weniger als das neue Arena-Stadion gekostet hat.

Die Touristen waren meistens auf der Straße, nicht in den Restaurants“, sagt die Sprecherin der Restaurantholding Fest, Kris-

tina Tuskjak. Doch die Leiterin der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit in Lemberg, Galina Maletz, ist überzeugt: „Nicht das Image des Landes hat sich verbessert, sondern das konkreter Städte.“

Jetzt haben die Touristen keine Angst mehr, zu uns zu reisen.“

Die deutschen Medien sind schnell zu ihrer üblichen Berichterstattung zurückgekehrt. „Kaum war die Euro vorbei, haben sie aufgehört zu schreiben“, sagt Olga Samborskay, Chefredakteurin des Internetportals Imigrada, die seit 2003 in Berlin lebt. „Ich hatte gehofft, es würde fortan mehr Interesse an der Ukraine geben. Nichts dergleichen. Sogar die letzten Wahlen haben hier nur wenig Aufmerksamkeit erregt.“

Auf der anderen Seite ist das Interesse derjenigen, die selbst in der Ukraine waren, gewachsen. Der Sportredakteur der taz, Andreas Rüttenauer, hat vier Wochen aus der Ukraine berichtet. Er ist sicher: „Die Meisterschaft hat den Europäern die Ukraine geöffnet, die bis dahin ein dunkler Fleck war.“ In der EU wird immer betont, wohin die Ukraine gehe, hänge allein von ihr ab. Leider entsprechen die Entscheidungen der Regierung in Kiew nicht immer dem Willen des Volkes. Dennoch: Die Hoffnung bleibt, dass die Meisterschaft eine Tablette mit Langzeitwirkung ist, die den Bazillus der Angst und der Vorurteile gegenüber der Ukraine tötet, und umgekehrt.



Sieben Monate nach der EM: Die Luft ist raus Foto: Florian Werner/getty images

VON WIKTORIA BILASCH

BERLIN taz | Schon seit einem halben Jahr schreiben die europäischen Medien nichts mehr über Fußball in der Ukraine, denn die Europameisterschaft 2012 ist lange vorbei, die Fußballfans sind nach Hause gefahren. In der Ukraine müssen keine Straßen und Stadien mehr gebaut, und am guten Image muss nicht mehr gearbeitet werden. Und dennoch: Das Thema Fußballfans ist aktueller denn je.

Seit dem vergangenen November feuern die Fans des Fußballklubs Dynamo ihre Mannschaft an, indem sie ihren Rücken zum Spielfeld drehen und die Hände über den Kopf heben. So wollen sie die Gesellschaft auf Justizwillkür in der Ukraine aufmerksam machen. Dabei geht es um Sergej Pawlitschenkow (19), einen Fan des Klubs, sowie seinen Vater Dmitri Pawlitschenkow (47).

Der Fall der Familie Pawlitschenkow begann im Februar 2010, als Dmitri Pawlitschenkow eine Pressekonferenz organisierte, bei der er versuchte, seine Wohnung gegen die niederländi-

sche Firma Gooioord zu verteidigen. Jene Firma hatte alle Wohnungen in einem Block gekauft und diese in Büros umgewandelt. Die Summe, die den Besitzern für ihre Wohnungen angeboten wurden, lagen unter deren Kaufpreis. Als sich die Pawlitschenkows weigerten, ihre Wohnung zu verkaufen, wurden sie bedroht.

Mit diesen Androhungen von Gewalt befasste sich daraufhin ein Kiewer Gericht. Im April 2010 entschied der zuständige Richter Sergej Subkow zugunsten der niederländischen Firma. Kurz darauf wurde die Familie Pawlitschenkow aus ihrer Wohnung hinausgeworfen. Drei Wochen später wurde der Richter tot im Eingang seines Hauses aufgefunden.

Kurz darauf wurden Dmitri und Sergej Pawlitschen-

kow unter dem Verdacht des Mordes festgenommen. Im Oktober 2012 verurteilte ein Bezirksgericht in Kiew die Angeklagten wegen Mordes – den Vater Dmitri zu lebenslanger Haft, seinen Sohn Sergej zu 13 Jahren Gefängnis. Ihre Verteidiger sind der Ansicht, dass die-

ser Fall „konstruiert“ war. So konnte keiner der sechs Zeugen die Beschuldigten identifizieren. Und am Tatort wurden keine direkten Beweise gegen die Pawlitschenkows gefunden.

Der Fall wäre wohl in der Öffentlichkeit nicht weiter wahrgenommen

worden, da Justizwillkür in der Ukraine niemanden mehr verwundert. Doch dank des Engagements der Fußballfans wurde er in der gesamten Ukraine bekannt. Am 25. November 2012 nahmen an einer Demonstration zur Unterstützung der Pawlitschenkows in Kiew rund 3.500 Menschen teil – auch ganz normale Leute und Vertreter von gesellschaftlichen Organisationen stießen zu den Demonstranten.

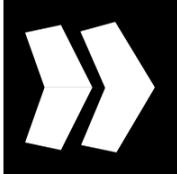
Auch in anderen Teilen des Landes fanden entsprechende Unterstützer demonstationen statt. Der Aktion „Freiheit für Pawlitschenkow“ schlossen sich auch Fans aus der Republik Moldau,

Weißrussland, Russland, Tschechien, Portugal, Bulgarien sowie Polen an. Deutsche Fußballfans haben noch nicht reagiert. „Ich kenne diesen Fall nicht und bisher mir sind auch keine derartigen Solidaritätsaktionen in Deutschland bekannt“, sagt der deutsche Fanforscher Gerd Dembowski.

Andreas Rüttenauer, Sportredakteur der taz, ist überzeugt, dass die deutschen Fußballfans nichts davon halten, Politik ins Stadion zu tragen. „Das passiert nur, wenn sich die Politik in ihre Belange einmisch. Dann organisieren die Fans Protestaktionen, wie gegen die Verschärfung von Kontrollen an den Eingängen des Stadions“, sagt Rüttenauer. „Wenn deutsche Fußballfans das Thema Rassismus streifen, dann tun sie das nur im fußballerischen Kontext. Ich bezweifle, dass Proteste für Menschenrechte, so wie in der Ukraine, hier zu einem Massenphänomen werden würden.“ Derzeit ist der Fall Pawlitschenkow vor dem Berufungsgericht in Kiew anhängig.

## Proteste gegen richterliche Willkür von den Stadionrängen

**JUSTIZ** Der Fall eines wegen Mordes verurteilten Anhängers von Dynamo Kiew mobilisiert die Fußballfans – nicht nur in der Ukraine, sondern auch über die Grenzen des Landes hinaus



Exekution

Das autoritär regierte Weißrussland ist das einzige Land in Europa, in dem immer noch die Todesstrafe vollstreckt wird



# Begnadigung oder Genickschuss?

**TODESSTRAFE** Die Hinrichtung zweier mutmaßlicher Attentäter in Weißrussland im vergangenen März ist im Westen auf heftige Kritik gestoßen – zu Unrecht

VON LIZA KRASAVTCEVA

Dass in einigen Ländern immer noch die Todesstrafe angewandt wird, ist immer wieder Gegenstand hitziger Debatten. Dabei ist nicht einmal die kleinste Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte zu erkennen. Im internationalen Strafrecht bleibt die Todesstrafe ein strittiges Moment – auf der rechtlichen wie auch auf der ethischen Ebene.

Das einzige Land in Europa, in dem bis heute die Todesstrafe vollstreckt wird, ist Weißrussland. Dabei ist es sehr überraschend, dass nicht überall in Europa diese Art der Bestrafung offiziell abgeschafft ist – zum Beispiel in Deutschland.

Hier ein Zitat aus der Verfassung des Bundeslandes Hessen: „Ist jemand einer strafbaren Handlung für schuldig befunden worden, so können ihm auf Grund der Strafgesetze durch richterliches Urteil die Freiheit und die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen und be-

schränkt werden. Bei besonders schweren Verbrechen kann er zum Tode verurteilt werden.“ In Deutschland hat die Bundesgesetzgebung Vorrang vor der Gesetzgebung der einzelnen Bundesländer. Da im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland abgeschafft ist, verliert Artikel 21 der Hessischen Verfassung seine Gültigkeit und kann folglich nicht angewandt werden.

Heute ist Deutschland einer der weltweit entschiedensten Gegner der Todesstrafe. So wie die Europäische Union (EU) äußert sich auch Berlin kritisch zu Fragen der Bestrafung in Weißrussland. Jedoch auch in anderen Ländern, wie China, den USA, Iran, Irak und Saudi-Arabien, werden Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Vielleicht ist die EU bestürzt darüber, dass das kleine Weißrussland in dieser Frage in einer Linie mit den USA steht? Aber warum empört sich die EU dann nicht so lautstark, wenn es



taz.Grafik: Infotext/S. Weber

Kurzer Prozess

Am 11. April 2011 detonierte in einer U-Bahn-Station in der weißrussischen Hauptstadt Minsk eine Bombe. Bei dem Anschlag wurden 15 Menschen getötet und rund 300 verletzt. Die Schuldigen waren schnell dingfest gemacht: Dmitri Konowalow und Wladislaw Kowaljow. Den 26-jährigen Männern wurden außer dem Attentat in Minsk auch zwei Anschläge in der Stadt Witebsk 2005 sowie ein Anschlag im Juli 2008 bei Feiern zum Unabhängigkeitstag in Minsk zu Last gelegt. Ende November 2011 verurteilte der Oberste Gerichtshof die beiden zum Tode. Das Verfahren war von Anfang an eine Farce. So hatte sich die Anklage auf ein Geständnis der Angeklagten berufen, jedoch keine Beweise präsentieren können. Zudem hatte Dmitri Konowalow in einem Video Foltterwürfe gegen die Ermittler erhoben und sein Geständnis teilweise widerrufen. Der Fall löste auch in Weißrussland eine Welle der Solidarität mit Konowalow und Kowaljow aus. 270.000 Menschen unterschrieben einen Appell, das Urteil nicht zu vollstrecken. Im März 2012 wurden die beiden Männer dennoch hingerichtet. (bo)

um Fakten in diesen anderen Ländern geht?

Leider sind die Debatten über Leben und Tod derer, die alle Grenzen des Möglichen überschritten haben, alles andere als philosophisch. Sie sind politischer Natur.

Am 26. März 2012 wurden in Minsk Wladislaw Kowaljow und Dmitri Konowalow hingerichtet, beide 25 Jahre alt und aus der Stadt Witebsk. Sie waren zur Höchststrafe (durch Erschießen) verurteilt worden, weil sie für schuldig befunden worden waren, Anschläge in Minsk und Witebsk organisiert zu haben. Konowalow und seine Mutter hatten sich an Präsident Alexander Lukaschenko mit der Bitte um Begnadigung gewandt, jedoch wurde dieses Gesuch abgelehnt.

Die Erschießung von Konowalow und Kowaljow löste in ganz Europa einen Sturm der Entrüstung aus. Die Exekution wurde einhellig verurteilt – von der für die Außenpolitik der EU Verantwortlichen, Catherine Ashton, dem deutschen Außenminister Guido Westerwelle, dem Chef des Bundeskanzleramtes, Ronald Pofalla, sowie einer ganzen Reihe weiterer Vertreter internationaler Organisationen.

Der Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, rief die weißrussische Staatsmacht dazu auf, die Todesurteile über Dmitri Konowalow und Wladislaw Kowaljow aufzuheben. „Das Verbrechen, dessen sie schuldig gesprochen wurden, war barbarisch, ihre Bestrafung sollte aber nicht genauso sein. Weißrussland ist das einzige Land in Europa, wo Menschen noch auf diese Art und Weise bestraft werden. Ich rufe die Regierung dazu auf, sofort ein Moratorium über die Höchststrafe zu verhängen. Die Opfer und Familien derer, die am 11. April getötet oder verletzt wurden, verdienen Gerechtigkeit, jedoch keine Rache“, unterstrich Jagland.

Der Pressesprecher des weißrussischen Innenministeriums, Andrej Sawinych, kommentierte die Erklärung des Eurorates zur Verhängung der Todesstrafe wie folgt: Die Position der Regierung zur Todesstrafe sei die Position des ganzen Landes, daher würden sich weitere Kommentare erübrigen.



Dmitri Konowalow. Er galt als Komplize bei den Attentaten. Sein Geständnis, das er teilweise widerrief, soll durch Folter zustande gekommen sein Foto: reuters



Wladislaw Kowaljow, der Hauptangeklagte. Er hatte eine Beteiligung an den Anschlägen bestritten. Ein Gnadengesuch lehnte Staatschef Lukaschenko ab Foto: reuters

In Weißrussland wird per Genickschuss hingerichtet Foto: Alan Powdrill/Getty Images

Nun ist es ja immer sehr einfach, über diejenigen zu urteilen, die an diesem für die ganze Republik schicksalhaften Tag nicht „an dem Ort“ waren, wo 15 Menschen umkamen und Hunderte verletzt wurden. Wieso beeindrucken die europäischen Politiker diese Zahlen nicht? Ist es wirklich so, dass für sie das Recht auf Leben zweier Terroristen, die nicht nur einen Terroranschlag organisiert haben, mehr zählt als das Leben unschuldig getöteter Weißrussen, als die Tränen ihrer Verwandten und Freunde und die Gesundheit von dreihundert Verletzten, die moralisch und physisch gebrochen sind? Und dabei geht es noch nicht einmal um die Anschläge in Witebsk.

Wenn man nicht selbst betroffen ist, ist alles immer leichter. Wie können die europäischen Politiker wissen, was besser für Weißrussland ist, vor allem in einer für das Land so schmerzlichen Angelegenheit? Hier sei daran erinnert, dass diese Politiker sogar auf die Frage, ob die Visapflicht aufgehoben werden solle, einfach antworten, dass über diese Fragen in den jeweiligen Ländern entschieden werden müsse. Warum mischen sie sich so dreist in Fragen der Rechtsprechung ein – in einen Bereich, über den nur in einem Land entschieden werden sollte?

Wenn man die Todesstrafe vom religiösen Standpunkt aus betrachtet, kommt einem sofort eines der Gebote in den Sinn: „Du sollst nicht töten“. Davon haben sich die Terroristen offensichtlich nicht leiten lassen, als sie sich auf das Verbrechen vorbereiteten. Sie haben nicht daran gedacht, dass Menschen sterben würden, die Verwandte und Freunde zurücklassen, sie haben einfach nur ihre eigenen Ziele verfolgt.

Ja, hätte man sie begnadigen und ihnen im Gefängnis vielleicht noch Internet, einen Fernseher, eine weiche Matratze und drei Mahlzeiten pro Tag zur Verfügung stellen sollen? Und was weiter? Jeder sollte bekommen, was er verdient. Ja, jeder hat das Recht auf Leben, und das muss respektiert werden. Bis zu einem gewissen Punkt: Wenn du jemandem das Leben genommen hast, dann sei bitte so gut, und gib auch deins dafür. Das ist die ganze Politik.



VOM WORT ZUR TAT

»Die Erfahrung mit dem taz Panter Workshop ermutigt mich immer wieder, mit Worten zu kämpfen.«

Journalistenausbildung machen viele. Wir nicht. Der taz Panter Stiftung geht es um die grundsätzliche Förderung von Journalismus. Wir holen jährlich 80 junge Menschen in unsere taz Akademie, um ihnen zu vermitteln, dass es ohne unabhängigen Journalismus keine Demokratie gibt.

Bitte unterstützen Sie uns!

taz.panterstiftung

JETZT SPENDEN!  
TAZ PANTER STIFTUNG, TEL. 030 - 25 90 22 13,  
GLS BANK BOCHUM, BANKLEITZAHL 430 609 67  
KONTO-NR. 11 03 71 59 00, WWW.TAZ.DE/STIFTUNG



AKIKO KIUCHI AUS FRANKFURT  
WORKSHOP-TEILNEHMERIN NOVEMBER 2011